



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schätlerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 40.

Berlin, den 30. Dezember 1917.

12. Jahrgang.

Keine Friedensillusionen, sondern Friedensarbeit!

Berlin, den 21. Dezember 1917.

Ein kritischer Zeitpunkt.

Es ist die letzte Nummer des Jahres 1917, die jetzt in die Hände der Leser gelangt. Die vielerlei Schwierigkeiten, mit denen wir bei der Herstellung unseres Blattes zu kämpfen haben und die in technischer Hinsicht noch durch die Stilllegung des Druckereibetriebes in der Weihnachtswoche vermehrt worden sind, zwingen uns, diese Nummer redaktionell schon zehn Tage früher abzuschließen, ehe sie in die Hände unserer Leser gelangt. In dieser Zeit überaus bedeutsamer politischer Vorgänge, angesichts der bevorstehenden Entscheidungen von weltgeschichtlicher Tragweite ein von uns bitter empfundener Uebelstand. Im Jahre 1917 haben in Deutschland eine ganze Anzahl neuer Zeitungen und Zeitschriften das Licht der Öffentlichkeit erblicken können, andere haben, vor allem mit dem Gelde der Schwerindustrie, Besitz und Tendenz wechseln dürfen.

Auch die Klassenbewußte Arbeiterschaft Groß-Berlins wird zu gegebener Zeit Mittel und Wege finden, sich ein täglich erscheinendes Blatt und damit eine geistige Waffe zu schaffen, mit deren Hilfe sie, belehrt durch die Kriegserfahrungen, ihre Sache, die Sache der Demokratie und des Sozialismus verfechten wird. Vorläufig wird sie ihrem unter technischen und räumlichen Schwierigkeiten leidenden und mancher Einschränkung unterworfenen Mitteilungsblatt die Treue halten. Vor allem aber hat sie die Pflicht, das, was durch das gedruckte Wort an Agitations- und Aufklärungsarbeit nicht in vollem Umfange geleistet werden kann, durch eine verzehnfachte Aufklärung von Mund zu Mund zu ersetzen. Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß in dieser schicksalsschweren Zeit ein Apostel des Sozialismus und der Demokratie sein.

Niemals war das notwendiger als um die Jahreswende 1917—1918!

Als das Jahr 1917 anbrach, glaubte alle Welt, daß in seinem Verlauf der Friede wieder bei den blutenden und hungernden Völkern einkehren werde. Aber auch dieses Jahr ist bis zum letzten Tage angefüllt von Krieg und Kriegsgeschrei. Ja, in seinem Verlauf ist noch ein ganzer Kontinent, Amerika, mit seinen ungeheuren ökonomischen und militärischen Nachmitteln in den blutigen Reigen hineingezerrt worden. An der Schwelle des Jahres 1918 steht durch das Eingreifen Amerikas riesengroß die Gefahr einer Verlängerung des Weltwürgens ins Unabsehbare. Und wenn sich auch im Osten Europas die ersten Friedensmöglichkeiten regen, so fällt der Schatten dieser Gefahr in den Saal von Brest-Litowsk, wo die Vertreter der Mittelmächte und Russlands über den Frieden verhandeln. Darüber ist kein Zweifel: die Völker und die russische Regierung wollen Frieden, wollen einen allgemeinen Frieden haben. Die proletarisch-demokratische Regierung Russlands legt allen Nachdruck auf einen demokratischen Frieden, der jede Vergewaltigung irgendeines Volkes ausschließen soll. Aber haben die Regierungen der Mittelmächte den gleichen Willen und das gleiche Ziel? Soll ihnen der Frieden mit Russland nicht Gelegenheit geben, den Kampf gegen die Westmächte, deren derzeitige Staatslenker allerdings im Vertrauen auf Amerikas Hilfe sich noch wie Tauschlinge geben, bis zum Weltbluten fortzusetzen? Die Worte, die von Staatsmännern der Mittelmächte über Friedensbereitschaft gesprochen worden sind, paarten sich nur zu oft mit Schwertgerassel und Drohungen. So viel steht fest: Sehen sich die beiden Partner, die Mittel-

mächte wie Russland, in der festen Absicht, einen ehrlichen und demokratischen Frieden zu schließen, an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk und kommt ein solcher Friede schnell und ohne alle Winkelzüge und Hinterhältigkeiten der Geheimdiplomatie zustande, so ist es mit der Macht und dem moralischen und politischen Einflusse der derzeitigen Kriegstreiber der Ententeländer zu Ende. Die hier mühsam geknebelte Friedensbewegung wird einen gewaltigen Anstoß erhalten, die Völker werden sehen, daß der ihnen mit all seinen Schrecken geschilderte „deutsche Gewaltfrieden“ ein verlogenes Schreckgespenst ihrer Herrschenden war, der Wille zu einem allgemeinen Frieden wird überall so übermächtig werden und zur Verwirklichung drängen, daß im Jahre 1918 die Friedensglocken ertönen können.

Genosse Trotzki hat recht, wenn er jetzt vor den Verhandlungen in Brest-Litowsk von dem „kritischen Zeitpunkt in der Geschichte dieses Krieges“ spricht.

Ein demokratischer Friede kann nur unter lebhaftester Anteilnahme des demos, des ganzen Volkes, vor allem aber zahlreicher und politisch regsamster Schichten, der klassenbewußten Arbeiterschaft, zustande kommen. Die Erfahrungen von vier Kriegsjahren sollten den kritischen Sinn der deutschen Arbeiterschaft geschärft haben. Sie muß den Verhandlungen in Brest-Litowsk mit gespannter Aufmerksamkeit folgen und mit allen Mitteln die Friedensoffensive unserer russischen Genossen unterstützen und alle Kräfte einsehen für die dringende Forderung des Tages: Die Schaffung eines allgemeinen, demokratischen Friedens!

Trozkis über den Frieden.

Genosse Trotzki hat nach Abschluß des Waffenstillstandes mit dem Führer der schwedischen radikalen Sozialisten, Högman, eine Unterredung gehabt, über die in dem schwedischen Parteiblatt „Politiken“ berichtet wird. Der Stockholmer Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ sandte seinem Blatte folgenden (aus leicht begreiflichen Gründen nicht vollständigen) Auszug aus dem Artikel der „Politiken“:

Genosse Trotzki erklärte, Waffenstillstand bedeutet keinen Sonderfrieden, sondern nur die Anbahnung desselben. „Nun ist es die Sache der Arbeitermassen in den Ententeländern, uns aus der Gefahr eines Separatfriedens herauszuführen. Ein Separatfrieden ist aber trotzdem möglich. Falls aber Russland darauf ausginge, um jeden Preis einen Separatfrieden zu vermeiden, wären wir bloße Knechte von Lloyd George und Clemenceau und hätten keinen Grund gehabt, Kerenski zu stürzen.“ Trotzki fuhr fort: „Während der Friedensverhandlungen in diesem Monate kommt der kritische Zeitpunkt in der Geschichte dieses Krieges. Ich glaube jedoch, daß der Krieg bereits durch die zweite russische Revolution getötet ist, und daß wir nunmehr die Aufgabe haben, seine Leiche zu begraben. Waffenstillstand und Frieden sind nunmehr für uns eine Waffe gegen das gegenrevolutionäre Bürgertum. Das ganze Volk versteht, daß ein Sieg der Bourgeoisie unter den gegenwärtigen Verhältnissen entweder die Kriegsverlängerung bedeuten müßte, es sei denn, die Bourgeoisie wäre gezwungen, Frieden zu schließen. Da aber die tschechische Regierung nicht die gleiche Autorität beim deutschen Volke und anderen Völkern haben dürfte, so würde zweifellos ein von der Bourgeoisie geschlossener Sonderfrieden für das Land erniedrigend und ruinierend sein. Selbstverständlich werden der Konstituante die Waffenstillstandsbedin-

gungen vorgelegt. Die Konstituante konnte noch nicht eröffnet werden, weil die von Kadetten geführte Wahlkommission einen ganzen Teil der noch nicht geöffneten Wahlen sabotiert hat. Der linke Flügel der Sozialrevolutionäre, der mit den Bolschewiki zusammenarbeitet, wünscht aus tatsächlichen Gründen ein milderes Verfahren gegen die Kadetten. Die Regierung erhielt jedoch jüngst in dieser Frage in einer Volksversammlung der Sowjets ein Vertrauensvotum von 150 gegen 80 Stimmen. Die Stellung der Regierung ist militärisch wie politisch stark; auch die Obstruktion beginnt abzunehmen. Die Privatbanken erkennen bereits die Regierungskontrolle über ihre Finanzoperationen an.

Der deutsche Reichstag

hat es nicht eilig, in seiner Gesamtheit zu den Friedensverhandlungen Stellung zu nehmen. Dabei ist im Laufe der letzten Jahre mehr als einmal von hoher Regierungshöhe und aus dem Parlament heraus die Zustimmung gegeben worden, daß der Reichstag bei den kommenden Friedensverhandlungen unter allen Umständen in Aktion zu treten habe. Jetzt, da es sich um die Anbahnung eines demokratischen Friedens handelt, wird der Reichstag in seiner weihnachtlichen Vertretung nicht befehligt, obwohl die Parlamente aller Länder tagen und nur eine kurze Feiertagspause machen. Am den Schein zu führen, hat der Reichskanzler am 20. Dezember die Führer der Reichstagsparteien zu sich eingeladen, darunter auch den Genossen Haack. Wolffs Telegraphenbüro hat über diese Zusammenkunft ein kurzes nicht-sagendes Telegramm veröffentlicht, in dem es hieß, daß „nach eingehender Aussprache die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann dargelegten allgemeinen Richtlinien festgestellt wurde“. Außerdem wurde beschlossen, den Hauptauschuß des Reichstages zum 3. Januar einzuberufen. Da sich dieser Ausschuß nachgerade zu einer politischen Dunkelkammer entwickelt hat, in der die Herren Abgeordneten mit „vertraulichen“ Mitteilungen vollgestopft werden, besteht die Gefahr, daß er auch jetzt nur als parlamentarische Kulisse, wenn nicht gar als Helfershelfer der Geheimdiplomatie dienen soll. Der Reichstag selbst wird sich aber, wie so oft, mit vollzogenen Tatsachen abzufinden haben. Es ist daher mit größtem Nachdruck die Forderung auf Einkerzung und dauerndes Zusammenbleiben des Reichstages zu erheben.

Im österreichischen Parlamente

stand die Friedensfrage zur Erörterung. Die süd-slawischen Parteien hatten den Antrag gestellt, daß zu den Friedensverhandlungen auch Volksvertreter hinzugezogen werden sollten. Der Ministerpräsident von Seidler lehnte das ab mit der Begründung, daß die formalen Bestimmungen der Verfassung eine solche Hinzuziehung nicht zuließen. Ein Antrag der Sozialdemokraten verlangte Schritte in Richtung auf einen allgemeinen Frieden. Der Ministerpräsident gab darauf die bezeichnende Antwort, daß kein Antrag vorliege, im gegenwärtigen Augenblick mit neuen Vorschlägen an unsere Gegner heranzutreten, außerdem man den Westmächten, die den Krieg fortsetzen wollen, keinen „selbstlosen Frieden“ bewilligen.

Also Drohungen brüben und Drohungen haben. Die Antwort des österreichischen Ministerpräsidenten läßt die Beneidlichkeit der Mittelmächte zu einem allgemeinen, demokratischen Frieden in sehr bedenklichem Lichte erscheinen. Deslo mehr hat das Proletariat der Mittelmächte auf einen solchen Frieden zu drängen. Und das um so mehr, als das Verhalten der Öster-

religiösen Reichs- und der deutschen Regierungs-
sozialisten an Energie der Geheimdiplomatie gegen-
über alles zu wünschen übrig läßt. Denn mit schönen
Friedensworten ist es in dieser kritischen Zeit wahr-
lich nicht getan. Wäre zum Beispiel Herr Scheide-
man n wirklich wie Trojki ein Todfeind der Geheim-
diplomatie, hätte er schwerlich mit seinem Freunde
Stoloban-Pawus seine geheimnisvolle Reise nach
Stockholm machen dürfen. Denn den Vertretern der
Unabhängigen Sozialdemokratie sind die Pässe ver-
weigert worden.

Der Vorwärts, die Bolschewiks und Dr. David.

Im „Vorwärts“ vom 16. Dezember kommt irgend
ein „russischer Genosse“ auf die Auseinander-
setzungen zurück, die in der Reichstagsitzung vom
1. Dezember zwischen den Genossen Ledebour und
Daase einerseits und dem Regierungsozialisten
Dr. David andererseits über die Stellung der deut-
schen Sozialdemokratie zu den russischen Bolschewiks
stattgefunden hat. Genosse Ledebour hatte es bekannt-
lich als Spezialkritik bezeichnet, daß „der Friede, nach
dem alle Völker sehnen, herbeigeführt wird durch die
Sozialisten in Rußland, die ungefähr die An-
sicht vertreten wie wir in Deutschland“. Dr. David
nahm diese Neuerung zum Anlaß, um die Politik
der Unabhängigen Sozialdemokratie anzugreifen und,
nach dem Muster der bürgerlichen Presse, der glori-
reichen Politik des 4. August — also einem Bestandteil
der deutschen Kriegspolitik — das Verdienst an dem
Sieg der russischen Revolution zuzuschreiben. Hätte
die Partei, erklärte er emphatisch, am 4. August die
Politik der Unabhängigen betrieben, so wären jetzt
nicht in Petersburg die Bolschewiks am Regiment, son-
dern der kaiserliche Zar. Mit Recht wandte sich Genosse
Ledebour gegen diese Auffassung als eine vollkommene
Unterschätzung der republikanisch-demokratischen
Kräfte in Rußland und legte dann
kurz den bekannten Standpunkt unserer Partei in der
Frage der Kreditbewilligung dar. Er unterließ es
auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Trojki, auf den
Dr. David sich berufen hatte, schon bei Beginn des
Krieges die denkbar schärfste Kritik an der „Politik
des 4. August“ geübt hatte und Genosse Daase be-
merkte zum Schluß noch, die Trojki und Lenin hätten
noch bis zuletzt die Politik Davids und seiner Freunde
bekämpft und der Unabhängigen Sozialdemokratie
„freundliche Aufmunterung“ zuteil werden lassen.

Diesem Tatbestand nimmt der anonyme „russische
Genosse“ des „Vorwärts“ zum Anlaß, um eine Reihe
vollständiger Stillschaltungen, wie sie in der russischen
Flüchtlingsliteratur nicht gerade selten sind, aus einer
Abhandlung zu machen, die Lenin — im Mai 1915 in
der russischen Zeitschrift „Der Kommunist“ — gegen die
Führer der zweiten Internationale, darunter auch
gegen die Genossen Daase, Kautsky und Bernstein, ver-
öffentlicht hat. Diese Zitate genügen ihm, um zu er-
klären, die Bolschewiks machten in Wirklichkeit
keinen Unterschied zwischen der deutschen
Sozialdemokratie und den Unabhängigen. „Für sie
sind beide Richtungen gleich vom Uebel,
gleich opportunistisch“.

Wir sind nun keineswegs der Ansicht, die bestigen
Angriffe, die Lenin seinerseits gegen die „Kautskyaner“
richtete, seien gegenstandslos und von den Ereignissen
überholt. In der Tat bestehen heute noch in
vielen Fragen der Theorie und Praxis der Arbeiter-
bewegung tiefgehende Differenzen zwischen den Bol-
schewiks und den „Kautskyanern“. Es gehört aber die
Ehrenehre eines „Vorwärts“-Adepten und die
höfliche Unwissenheit eines politischen Ignoranten
dazu, um aus den „Bannstrahlen“, die Lenin im Mai
1915 gegen die damalige deutsche Minderheit schen-
dete, zu folgern, die Bolschewiks machten in Wahr-
heit keinen Unterschied zwischen den Scheidemannern
und den Unabhängigen. Schon im Herbst 1915 fand be-
kanntlich eine Konferenz in Zimmerwald statt,
in der die grundsätzlichen Sozialdemokraten der krieg-
führenden Länder sich zum ersten Male über eine ge-
meinsame Taktik im Kampf gegen den Krieg einigten,
und zu dieser Phalanx gehörten unter anderen auch
die deutsche Minderheit und die russischen
Bolschewiks. Trotz des Fortbestehens mancher
Differenzen zwischen der Zimmerwalder „Linken“, ge-
leitet von den Bolschewiks, und der deutschen Minder-
heit, blieb diese Phalanx gleichgesinnter Kampf-
genossen bestehen, gestützt durch die Erfolge, die die
Zimmerwald-Parteien seitdem in allen kriegsführenden
Ländern errangen. Die späteren Konferenzen in Wien,
Genève und Stockholm und die stetige Fühlungnahme der
Zimmerwald-Parteien — zu denen übrigens von russi-
scher Seite nicht nur die Bolschewiks gehören — unter-
einander haben das Zusammenwirken dieser Parteien
immer deutlicher ausgewiesen.

Angefaßt dieser klaren Tatsachen richten sich die
Anwürfe des Materialisten des „Vorwärts“ von
selbst. Es gibt aber etwas anderes, was diesem Streit
aktuelles politisches Interesse verleiht.
Der „Vorwärts“ scheint sich damit abgefunden zu
haben, daß für die Bolschewiks die Vorstandspartei und
die Unabhängigen „gleich vom Uebel, gleich opportu-
nistisch“ seien. Für ihn ist ein Trost im Unglück, denn
wenn er darüber auch schweigt, so ist ihm doch nicht
unbekannt, in welcher verächtlichen Ausdrücken die ge-
samte sozialistische Presse in Rußland, auch die bolsche-
wistische, nach wie vor von den deutschen Mehrheits-
sozialisten spricht, die jetzt den Bolschewiks ebenso
schmeicheln, wie vor wenigen Monaten den Mensche-
witsch und den Sozialrevolutionären. Daher das
leuchtendste Bemühen des „Vorwärts“, die Solidari-
tätsschwörungen unserer Partei für unsere in Ruß-
land kämpfenden Genossen als Anbiederung an die
Bolschewiks darzustellen und als Versuch, „aus ihren
Wortlauten Kapital zu schlagen“. Daher aber auch das

Bestreben des Dr. David, anscheinend zur Unter-
stützung der diplomatischen Mission des Dr. Selp-
hand-Pawus in Stockholm, die „Verdienste“
der Scheidemann-Partei um die russische Revolution
ins rechte Licht zu rücken.

An diesem Bestreben hat neuerdings Genosse
Viktor Adler — wohl nicht ohne bestimmte Neben-
absicht — indirekt heftige Kritik geübt. In einer Ver-
sammlung am 6. Dezember in Wien wandte er sich
scharf gegen die Behauptung der bürgerlichen Blätter,
es sei nicht die russische Revolution, die den Frieden
gebracht habe, sondern die militärischen Erfolge der
Mittelmächte, die Rußland die Niederlage brachten
und dadurch die Revolution und den Frieden er-
zwingen hätten.

In gewissem Sinne ist das ja richtig. Kein
Zweifel. Die österreichische Verfassung von 1861 ist,
wie uns dieselben Bürgerlichen erzählen — es ist
sogar auf dem Parlament eingemeißelt — eine
„Spende“ des Kaisers Franz Josef. Aber nach der
Auffassung, die die bürgerlichen Blätter jetzt vor-
bringen, wäre die Verfassung nicht das Verdienst der
Leute, die sie gemacht haben, sondern das Verdienst
der Armee Napoleons III., der uns bei Solfe-
rino mit der Niederlage eigentlich die Verfassung
gespendet hat. Und unsere zweite Verfassung von 1867
wäre auch nicht, wie man uns bis jetzt erzählte, durch
die Weisheit des Bürgertums zustande gekommen,
sondern der eigentliche Spender der Verfassung wäre
der Feldmarschall Moltke, der uns bei Königs-

Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von
Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen
Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen.
Geführt wird der politische Kampf von politischen
Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem
einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu
machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen
Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemo-
kratischen Wahlvereine alle die Männer und
Frauen, die auf dem Boden der sozialdemo-
kratischen Grundsätze stehen und für die Unab-
hängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und
erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen
Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

grah die Verfassung erkämpfte. Aber ganz so liegen
die Dinge nicht. Geschlagen werden kann
jeder, es fragt sich nur, was man aus
der Niederlage macht. Aus der russischen
Niederlage konnte ebensogut ein Rückschlag in die
schlimmste Reaktion kommen, wie ja das russische
Bürgertum nach der Niederlage sich begnügen wollte,
eine kleine Revolution zu machen, um die Wider-
standskraft Rußlands zu erhöhen. Wenn nicht das
Proletariat es verstanden hätte, aus der Revolution
die Republik zu retten, aus der kleinen Revolution
die große Revolution und aus ihr und mit ihr, durch
sie und für sie eine Aktion zum Frieden zu machen.
Aus der Niederlage konnte ebensogut eine Verlänte-
rung des Krieges folgen, wie eine Verkürzung des
Krieges daraus wurde. Wer die russische
Revolution so herabsieht, denkt un-
historisch und schlägt überdies der
Wahrheit ins Gesicht.

Wenden wir diese Betrachtungsweise auf die
Stellung der deutschen Unabhängigen und der Unabhän-
gigen zur russischen Revolution an, so können wir den
Kernpunkt ihres Gegensatzes so formulieren. Die
Davidsjünger, die auf jede eigene Politik verzichten
und ihre revolutionäre Vergangenheit abgeschworen
haben, kennen nur einen Weg zur Revolution — die
militärische Niederwerfung des Geg-
ners. Nicht weil sie — wie sie jetzt fälschlich vor-
geben — die revolutionäre „Befreiung“ des ge-
nerischen Volkes, sondern dessen militärische Nieder-
lage wollen — als notwendige Konsequenz jener Poli-
tik, die sie am 4. August proklamiert haben. Uns je-
doch, den unabhängigen deutschen Sozialdemokraten,
ist es nicht um dieses Ziel zu tun, sondern um die
Förderung des internationalen Befrei-
ungskampfes des Proletariats, unab-
hängig von der Kriegskarte. Wir erwarten den
Triumph unserer Sache nicht von Sieg oder Nieder-
lage, und deshalb arbeiten wir — Hand in Hand mit
unseren Genossen in allen kriegsführenden Ländern —
darauf hin, jene inneren Kräfte zu organisieren,
die aus dem Kriege herauszuholen sollen, was das je-
weilige Interesse des Proletariats — nicht nur des
eigenen, sondern des internationalen — erfordert. Das
Wort Adlers: „Geschlagen werden kann jeder, es
fragt sich nur, was man aus der Niederlage
macht“, kann hierbei auch in weiterem Sinne als
Leitsatz genommen werden, denn nicht immer ist
die Niederlage gleichbedeutend mit Niederlage im
Zunern — und umgekehrt.

Der Vorwärtspump.

In den Generalversammlungen der Konsum-
genossenschaft Berlins und Umgegend spielte auch ein
Darlehn eine Rolle, das der Vorstand der Konsum-
genossenschaft der Vorwärtsdruckerei gegeben hat. Als
dieses Darlehn zur Sprache gebracht wurde, wußte
der „Vorwärts“ eifertig, wie er nun einmal ist, mit-
zuteilen, das Darlehn sei schon im Jahre 1915 gegeben
worden noch unter der alten Vorwärtsredaktion, dann
erzählte er seinen Lesern, daß die Abonnentenzahl
sehr ständig steige und endlich hieß es, das Geld
sei überhaupt nicht dem „Vorwärts“, sondern
der Buchdruckerei Vorwärts geliehen worden. Und
die Buchdruckerei sei etwas anderes, als das Blatt der
„Vorwärts“. Die Mitglieder der Konsumgenossen-
schaft ließen sich nicht irre machen; sie verlangten klare
Auskunft. Die gab der Vorstand auch ganz offen und
ehrlich in der letzten Generalversammlung. Es wurde
mitgeteilt, daß das Darlehn in Höhe von 200 000 Mk.
seinerzeit gegeben worden sei unter der Bedingung,
daß drei Monate nach dem Kriege die Rückzahlung
beginnen sollte. Die Genossenschaft sei nach jeder Rich-
tung hin gedeckt. Es seien für 145 000 Mk. gute
Papiere hinterlegt (Stadtsobligationen) und für den
Rest sei eine Tiefdruckanlage verpfändet. Die Ge-
nossenschaft sei auf alle Fälle gesichert. Es lag ein
Antrag vor, das Geld sofort zu kündigen und zurück-
zuverlangen. Der Vorstand erklärte den Antrag in
dieser Form für undurchführbar, weil eine Kündigungs-
frist nicht vorgesehen sei. Als das Darlehn gegeben
worden sei, habe man mit einer solchen Dauer des
Krieges nicht gerechnet. Jetzt sei man aber zu dem
Entschluß gekommen, daß vom 1. April ab mit der
Rückzahlung begonnen werden solle. Die Versamm-
lungsteilnehmer mit wenigen Ausnahmen wollten
aber dem Vorwärtsunternehmen das geliehene Geld
nicht länger pumpen. Laute Zustimmung fanden die
Redner, die erklärten, man könne das Geld der
Konsumgenossenschaft nicht länger einem Unternehmen
lassen, durch welches die Berliner Arbeiterschaft, die
nicht nach der Pfeife des den Berliner Arbeitern ge-
raubten, von Reklamierten geleiteten „Vorwärts“
tanze, fast tagtäglich in der „peinlichsten
Weise mit Schmutz beworfen werde. Die Buch-
druckerei „Vorwärts“ müsse heute doch leicht die Mög-
lichkeit haben, anderes Geld zu beschaffen. Wenn von
der Verwaltung gesagt worden sei, es solle mit dem
1. April mit der Rückzahlung begonnen werden, so
müsse dafür gesorgt werden, daß die Rückzahlungen
entweder ganz oder zum größten Teil das Darlehn
enthalten. Schließlich wurde beschlossen, der Vorstand
soll zum 1. April das Darlehn unter allen Umständen
zurückverlangen. Wegen nur vereinzelte Stimmen ge-
langte dieser Antrag unter Beifall zur Annahme.
Dieser Beschluß der Generalversammlung der Kon-
sumgenossenschaft ist von symptomatischer Bedeutung.
Er wurde gefaßt unter zahlreicher Beteiligung der
Mitglieder in demselben Saale, in dem zwei Tage
zuvor die Scheidemannier ihren Familienangehörigen
gegen 20 Pf. Entree eine Vorstellung gegeben hatten.
Der Beschluß bedeutet das stärkste Mißtrauen gegen
die Macher des Vorwärtsunternehmens wie gegen den
„Vorwärts“ selber.

Auch die Mitglieder der Konsumgenossenschaft
empfinden, wie kleinlich und gehässig der „Vorwärts“
kämpft, der sich noch Organ der Berliner Arbeiter-
schaft schimpft, obwohl er es schon lange nicht mehr
ist. Ueberall, wo die Arbeiter selber ihre Meinung
sagen können, und wo ihre Meinung nicht durch be-
stimmte Gewerkschaftsvorstände gefälscht wird, zeigt
es sich klar und deutlich, daß sie sehr fein zu unter-
scheiden wissen zwischen wahrer Interessvertretung
und einer Scheinvertretung. Das trat bereits in den
Gewerkschaftsversammlungen in deutliche Erscheinung.
Der Beschluß der Generalversammlung der Konsum-
genossenschaft bedeutet ein neues Mißtrauensvotum
der Arbeiter gegen die Herren Politiker in der Linden-
straße, das sie ehrlich verdient haben. Ob sie eine
Lehre daraus ziehen werden? Wir glauben es nicht!
Ihre sachliche Schwäche werden sie auch in Zukunft
zu verdecken suchen durch Anpöbelungen der im
Interesse ihrer Klasse wirkenden wirklichen Sozial-
demokraten. Das ist ihr Handwerk und anderes
können sie nicht. Der „Vorwärts“ ist ihr Werkzeug.
Erfreulich ist, daß immer größere Kreise der Berliner
Arbeiter das klar erkennen.

Die Generalversammlung der Konsumgenossen-
schaft hat in den einzelnen Versammlungen sich in aus-
geprägter Weise mit dem Geschäftsbericht beschäftigt.
Neben Einzelfragen, die vorgetragen wurden, aber von
einer Generalversammlung kaum ernstlich geprüft wer-
den können, waren es Fragen, die sich auf die Verteilung
der Waren auf die einzelnen Verkaufsstellen bezogen,
die Frage der Entlohnung der Angestellten, der Laden-
schluß, die Frage der Rückvergütung und anderes
mehr. In der vorletzten Versammlung ergriff Herr
Pösch das Wort und sprach als Diskussionsredner eine

Reichhaltige Stände über alles mögliche. Es schien ihm in seinen bandwurmartigen Ausführungen nur darum zu tun, die gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates zu beschüttern, indem er eine ihm zugestrichene Diste über den geringeren Umsatz der Gewählten vorbrachte. Jedes Konsummitglied weiß heute ganz genau, daß man lange nicht mehr den Umsatz haben kann wie früher. Jeder würde gern mehr kaufen und — auch die Verwaltung würde gern den Mitgliedern mehr verkaufen, wenn sie könnte. In der letzten Versammlung wurden einige Beschlüsse gefaßt. Der Vorstand soll Anweisungen für die Kassensführung und Abrechnungen in den einzelnen Verkaufsstellen erlassen, es soll auch eine Schiedskommission eingesetzt werden, um Streitigkeiten zu ordnen, die bei der großen Belastung des Aufsichtsrates heute doch nicht so von der Personalkommission erledigt werden könnten, wie wünschenswert. Diese Schiedskommission soll aus vier von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, wie einem Gewerkschaftsvertreter und zwei Mitgliedern der Verwaltung bestehen, damit die Verwaltung nicht überwiege. Die vier Mitglieder wurden sofort gewählt. Auf Antrag soll eine nochmalige Fortsetzung der Versammlung erfolgen.

Die Lebensmittelversorgung in Frankfurt a. Main.

Die sich mit der Fortdauer des Krieges immer unerträglicher gestaltet, veranlaßte die dortigen Metallarbeiter, in einer großen Versammlung Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Der Versammlung gingen verschiedene Verhandlungen, die eine Kommission der Müstungsarbeiter führte, mit den Behörden, so zuletzt noch mit dem Regierungspräsidenten, voraus. Allerdings mit einem negativen Ergebnis. Die unzulänglichen Maßnahmen, wie die allgemeinen Verhältnisse überhaupt, lösten den entschiedensten Protest der Versammlung aus. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Zustände als unhaltbar bezeichnet, die Folgen auf dem Gebiete der Volkskraft und Gesundheit, dem Schwinden der Arbeitskraft usw. hervorgehoben. Dann formuliert die Resolution die Forderungen, die die Metallarbeiter auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung an Kommune, Staat und Reich stellen, und betont dann zum Schluß:

Die Versammelten sind sich der Tatsache bewußt, daß die heutigen unhaltbaren Zustände der Lebensmittelversorgung ihre Ursache im Kriege und seinen treibenden Kräften finden. Deshalb muß dem Kriege selbst ein Ende gemacht werden.

Die Versammlung erhebt daher mit allem Nachdruck die Forderung des Friedens, zu dessen beschleunigter Erreichung alle Hindernisse beseitigt werden müssen. Dazu gehört die Bekanntmachung der Kriegsziele, die frei sind von allen Annexionen und Kontraktionen, und allen Völkern volle politische, wirtschaftliche und ökonomische Freiheit und ein absolutes Selbstbestimmungsrecht sichern.

Damit haben die Frankfurter Metallarbeiter klar und unzweideutig ihren Standpunkt zum Ausdruck gebracht, der zweifellos von den breiten Massen des werktätigen Volkes voll und ganz geteilt wird.

Aus der Bewegung.

Eine Denunziation der Bremer Bürgerzeitung. Auf einem Sommerfest des Arbeiter-Gesangvereins Bremen wurden Flugblätter verteilt, deren Inhalt einen Abdruck der Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und des Berliner „Mitteilungsblattes“ über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten bildeten. Einige Tage nachher machte die Bremer Bürgerzeitung in einem Beilagenartikel darauf aufmerksam, daß die Flugblätter ohne den Vermerk des Druckers und Verlegers seien. In einer bald darauf stattgefundenen Vereinsversammlung der Unabhängigen Partei wurden die Flugblätter wieder verbreitet, um die Parteigenossen zu unterrichten, wie die Regierungssozialisten die Verpflichtung der internationalen Kongresse zur sofortigen Arbeit für den Frieden nach Ausbruch eines Krieges auffassen. Da trat dann der Ueberwachende an den Genossen Klawitter heran mit der Frage, ob das dieselben Flugblätter wären, die er auf dem Sängerfest verbreitet habe. Er wisse doch, daß die Bremer Bürgerzeitung geschrieben habe, daß auf Wun der Drucker und Verleger fehle. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt und das Verfahren gegen Klawitter eingeleitet. — In der Verhandlung am 17. Dezember wurde der Genosse Klawitter unter Zustimmung miteinander Umstände zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. (Hierzu kommen noch 100 Mk. Anwalts- und die Gerichtskosten.)

Als charakterisierend für derartige Machenschaften der Regierungssozialisten mag aus der Verhandlung hervorgehoben werden, daß der Anwalt die Denunziation der Bremer Bürgerzeitung „gerade nicht ich“ nannte und meinte, daß unter anderen Verhältnissen als dem Belagerungszustand kein Mensch sich um derartige Sachen gekümmert hätte, ja man solchen hässlichen Japs in der Familie Marx-Bebel gar nicht ungeru sehen würde.

Kann es eine gravierendere Kennzeichnung der Herrschaften in der Redaktion der Bremer Bürgerzeitung, ihrer Hintermänner und des Ueberbringers der Anklage vom Sängerfest geben, als es durch diese ganze Aktion geschieht? Vor allen Dingen, wenn man berücksichtigt, wie oft die Bremer Bürgerzeitung früher das Wort vom „größten Lumpen“ in Verbindung mit Denunziationen zitierte. —

Vor demselben Gericht wurde am selben Tage gegen frühere Mitglieder der im Januar aufgelösten „Jungen Garde“ verhandelt, weil sie trotz der Auflösung noch eine Zusammenkunft zur Liquidation des Vereins abgehalten hätten. Es erfolgte Freisprechung, weil die Regelung der Verbindlichkeiten des Vereins nicht strafbar sein könne. Nur einer der Angeklagten wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er an einer Zusammenkunft von Angehörigen der Jugendorganisation in Hannover teilgenommen wollte. Eine Versammlung fand damals zwar nicht statt, weil vor Eintritt in eine Besprechung die Polizei einschritt. Dem Verurteilten war aber, als einem „Vertrauensmann“ des aufgelösten Vereins, ausdrücklich untersagt, auf irgendeine Art und Weise noch im Interesse der Jugendbewegung tätig zu sein.

Ein zerstücktes Gaukelspiel der Reformsozialisten. Was die badischen Blätter der Reformsozialisten anlässlich des Falles Kruse zusammenfantasierten, um die Arbeiterchaft zu täuschen, gehört zu den besten Leistungen ihrer Kunstfertigkeit. Am 8. Dezember veröffentlichte der „parlamentarische Mitarbeiter“ — jedenfalls einer der Fraktionssozialisten — der Mannheimer „Vollstimme“, daß von ihnen die Regierung in der Budgetkommission wegen ihrer reaktionären Haltung gestellt worden sei und daß der Minister durch seine Erklärung zum Fall Kruse folgende Art grobhartiger Zufriedenheit in der Partei der Reichssozialisten erzeugte:

„Die Sozialdemokratie hat vor allem die Gewähr, daß jede politische Meinungsäußerung, vor allem auch solche der badischen Staatsarbeiter, ohne Gefahr für die berufliche Existenz garantiert ist.“

Aus den Amtsstuben, worin immer noch der Geist der sozialistengefährlichen Zeit ruft, sei er nun hoffentlich für immer verbannt. Also die Fahnen heraus, ein Sieg der badischen Eisenbahner im Kampfe für ihre politische Freiheit!

Dem Minister Dr. Rheinbold wird es unheimlich geworden sein, als er diesen Jubel der Regierungslente las. Von der Tribüne der Zweiten Kammer gab er dann am 12. Dezember die offizielle Erklärung ab. Er sagte unter Bezugnahme auf seine Neuerung in der Kommission: Wenn Kruse, der, ohne die Entschlezung des Finanzministeriums abzuwarten, aus freiem Entschluß aus dem Arbeitsverhältnis der Staatsbahn ausgeschieden ist, aus dem Felde nach tadelloser Führung heimkehrt, so soll ein Versuch auf Wiedereinstellung wohlwollend geprüft werden. Dies sei der verantwortlichen Stelle mitgeteilt worden.

Also kein Wort zur altenmäßig feststehenden politischen Maßregelung des Genossen Kruse, kein Wort davon, daß jeder Staatsarbeiter künftig wegen seiner politischen Betätigung und Ansehung gegen die Gefahr gesetzt ist, in seiner Existenz bedroht zu werden. Man werde die Güte haben, ein ergebnisloses Witzgeschwürf wohlwollend zu prüfen! Für unsere Reformsozialisten war diese öffentliche Erklärung des Finanzministers vor dem ganzen Lande eine Abschlüßung der blamabelsten Art. Und die Herren geben sich, obgleich sie den Fall Kruse zu kennen behaupten, mit der unwarharen Darstellung zufrieden, daß Kruse seinen Platz in der Staatswerkstätte freiwillig geräumt habe, also selber die Schuld trage. Dem aus der langen Untersuchungshaft entlassenen Jungschmied Kruse, dem die Rückkehr zur Arbeit wegen der auf Landesverrat lautenden Anklage bis zur reichsgerichtlichen Entscheidung der Sache seitens der Generaldirektion verweigert worden war, wäre für sich und seine Familie nur ein Hungerleben beschieden gewesen, hätte er nicht Arbeit in einem privaten Geschäft erhalten. Bald darauf ist er ins Feld geholt worden, wo er sich noch befindet. Das ist die Wahrheit und ebenso wahr ist es, daß der Abgeordnete Adolf Beck von der Stunde der Verhaftung an sich um die Familie Kruse, die vom Genus der Regierungssozialisten ängstlich gemieden war, angenommen hat, daß Beck brieflich bei der Generaldirektion wiederholt für die Wiederbeschäftigung Kruses und persönlich beim Herrn Generaldirektor vorstellig geworden ist, ehe es nur irgendeinem Herrn des Landtagssozialismus einfiel, etwas für den gemäßigtesten Eisenbahnarbeiter bei der Behörde zu tun.

Und nun das Charakteristische für die abscheuliche Unwahrhaftigkeit, womit diese Reformsozialisten ihre Gaukelspiele treibt. Als die Mannheimer „Vollstimme“ gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und deren badischen Mitarbeiter, den sie gegen die Familie Kruse auszuspielen wollte, in der gewöhnlichsten Weise losgegangen war, sandte die Frau Kruse in Karlsruhe eine Berichtigung an die Redaktion der „Vollstimme“. Darin wurden die Tatsachen genau mitgeteilt, daß der Abgeordnete Adolf Beck seit Jahren sich der Familie Kruse und des verhafteten und gemäßigtesten Genossen eifrig angenommen hatte. Mit der Aufnahme dieser Berichtigung wäre natürlich der Verleumdungsangriff der „Vollstimme“ in das richtige Licht gesetzt worden! Deshalb wurde wohl der Berichtigung die Aufnahme verweigert. Damit ist die Sache bis zur Heimkehr Kruses erledigt. Die „Schwab. Tagwacht“ wird dann schon geschrien müssen, daß der „Knochen“ noch einmal bearbeitet wird, bis die Wahrheit gesiegt hat über ein unerhörtes Lügenspiel.

Groß-Berliner Chronik.

Die Herabsetzung der Fettration gab der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 20. Dezember, Veranlassung, sich erneut mit dem Kriegselend zu beschäftigen. Ein Antrag unserer Genossen verlangte vom Magistrat, beim Kriegselend gegen die geplante Herabsetzung der ohnehin zu geringen Fettmenge von 80 Gramm mit aller Entschiedenheit Einspruch zu erheben, und außerdem zu

verlangen, daß eine reichlichere Zufuhr von Milch nach Berlin durch Zwangsmassnahmen sichergestellt werde, da durch den Fett- und Milchmangel der Gesundheitszustand der Bevölkerung schwer geschädigt wird. Genosse Wurm geistelte die Ernährungspolitik. Die Fett- und Milchversorgung sei überaus miserabel. Nicht einmal den Kindern habe man genügend Milch zuführen können; die Porzion sei herabgesetzt worden. Alle Vorstellungen seien fruchtlos gewesen. Die Neutöllner Denkschrift beweise, welche Wege jetzt gegangen würden. Der Schleichhandel blühe. Soll die Tuberkulose nicht noch verheerender wirken, müsse Besserung eintreten. Auch der Vertreter des Magistrats erklärte, daß eine Herabsetzung der Butterration auf weniger als 80 Gramm um so unberechtigter sei, als Groß-Berlin in der gesamten Versorgung auf einer sehr tiefen Stufe stehe. Der Butterverbrauch sei auf den achten Teil zurückgefallen. Schmalz sei zur Delikatess geworden, das Fleisch sei fettarm. Alle Vorstellungen über die Milchversorgung hätten an der zuständigen Stelle nicht genügende Beachtung gefunden. Die Schwerarbeiter müßten in der Ernährung besser gestellt werden, aber nicht auf dem Wege des wilden Handels. Der Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion gelangte zur einstimmigen Annahme.

Die Kohlenkalamität in Groß-Berlin wird immer bedrohlicher. Wohl haben wir Kohlenarten, die auf sehr geringe Quantitäten lauten. Aber was nützen Kohlenarten, wenn keine Gewähr dafür vorhanden ist, daß die Inhaber der Karten tatsächlich auch ihre Kohlen erhalten. Auf diesem Gebiete herrschen die tollsten Zustände. Die Kohlenhändler werden ungenügend beliefert, viele Händler reservieren die Kohlen für ihre Kunden. Wieder beginnen die Kohlenpolonaisen. Stundenlang stehen die Frauen in bitterster Kälte wieder nach Kohlen. Die Behandlung des Publikums durch die Händler stellt jeder Beschreibung. Um hier einigermaßen Abhilfe zu schaffen, müsse die Kundentische zum Kohlenbezug eingeführt werden. So beantragte die Fraktion der Unabhängigen in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat erklärte, daß er auch für die Idee sei, aber der gegenwärtige Moment sei nicht geeignet. Solange die Bricketzfuhr nur 70 bis 80 Prozent des Bedarfs betrage, könne die Kundentische ihren Zweck nicht erfüllen. Der Magistrat wolle die Kontrolle der Kleinhändler stetig weiter ausbauen, um die Einführung der Liste auf jede Weise anzubahnen. Gen. Dinge (Unabhängige) sagt, der Magistrat wolle die Kundentische schon seit fünf Monaten einführen. Die Zustände seien so jammervoll, daß man den Frauen den Rat werde geben müssen, selber auf Rathaus zu ziehen, um Kohlen zu verlangen. Der Stadtverordnete Mommien meinte, das sei ein Rat, wie er ungeschickter nicht gegeben werden könnte. Stadtm. Müller (Unabhängige) tritt dem entgegen und meint, daß die Kundentische im Publikum sehr beruhigend wirken würde. Schließlich wird der Antrag an die Kohlendeputation verwiesen.

Für die Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer wird recht unzureichend gesorgt. Ein Antrag der Unabhängigen verlangt einen kommunalen Zuschlag zur Kriegshinterbliebenenrente. Die Besserung der Lage dieser Kategorie Leidender wird allseitig anerkannt. Der Magistrat hält dafür, daß das Reich seine Pflicht erfüllen müsse, die Gemeinde könne das nicht. Von bürgerlicher Seite wird angeregt, ob nicht die Stadt wenigstens die Unterstützung unverkürzt weiter gewähren könne. Das soll besonders geprüft werden.

Die Schneeschippverordnung ist vom Oberkommando einer Nachprüfung unterzogen worden. Nach den neuen Bestimmungen soll in jedem Hause ein Obmann gewählt werden, der die Anordnungen treffen soll, wer mit Schneeschippen an der Reihe ist. Die Verpflichtung zum Schneeschippen besteht nicht während der Stunden, in welcher der Hausbewohner durch Ausübung seiner Berufs- oder Gewerbstätigkeit, durch Ausübung des unterirdischen Dienstes oder aus einem anderen wichtigen Grunde verhindert ist. Ein Mieterverzeichnis hat der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter anzulegen. Zuerst kommen die Freiwilligen an die Reihe. Reichen diese nicht aus, kann der Hauswirt die Verpflichteten der Reihe nach durch einen Obmann anrufen lassen. Viel besser ist die neue Verordnung gegen die frühere nicht, wenn sie auch größere Arbeit bringt. Aber in erster Linie ist es Sache der Stadt, für die Reinigung des Fahrweges zu sorgen. Dafür zahlen die Bürger ihre Steuern, nicht aber, daß diese Arbeit von den Bewohnern übernommen wird, noch dazu unentgeltlich. Die Stadt muß dann leben, wie sie ihrer Aufgabe gerecht wird; sie hat die Pflicht, Mittel und Wege zur Abhilfe zu schaffen, nicht aber in das Sache des Oberkommandos.

Die Scheidemannier in Berlin konnten am 18. Dezember ihre am 6. Dezember nicht zustande gekommene Versammlung abhalten in der Robert Schmidt, Richard Fischer, Wilh. Pfannsch und Hermann Müller Neben wählten.

Von einem verhafteten Hunde wußten dieser Tage Berliner Blätter zu berichten. Es war aber mehr als eine Hundgeschichte, die sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte abspielte. Anwalt war der Kriegsinvalide Grigowits. Was dem Manne zur Last gelegt wurde, war aus dem Bericht ersichtlich. Tatsache aber war, daß der Angeklagte das große Unglück gehabt hatte, infolge einer im Arde eintretenden schweren Verwundung das Augenlicht zu verlieren. Ein dreiflügeliger Hund ist der Führer des Blinden, der seinen Herrn auch nach dem Gericht begleitete und der auch im Anklageraum mit ihm nahm. Berichtet wird, daß im Laufe der Vernehmung der bedauerndwerte Mann sich so benommen haben soll, daß der Vorsitzende eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von 3 Tagen Haft wegen Ungebühr vor Gericht verhängte, die sofort vollstreckt wurde. Dabei mußte der gelesene und treue vierbeinige

Führer des Blinden vorgebrungen dessen Schicksal teilen und mitverhört werden. Allein konnte man den Hund nicht nach Hause schicken oder ihn herrenlos herumlaufen lassen, und so sah sich das Gericht gezwungen, ihn zusammen mit seinem Herrn nach dem Untersuchungsgefängnis bringen zu lassen. Geduldt ging das Tier auf Geheiß aus der Anklagebank heraus, und mit geknemtem Kopf sowie eingeklemmtem Schwanz, als verhehle es die Strafe und das Peinliche der Lage, folgte es dann, seinen Herrn führend, gehorsam dem vorausschreitenden Gerichtsdiener in die Zelle. Man fragt sich: mußte das überhaupt sein?

Arbeiter-Bildungsschule.

Die Schule wird mit dem 14. Januar ihre Lehrtätigkeit für das 1. Vierteljahr 1918 beginnen. Der Lehrplan sieht folgende, 10 Abende umfassende Kurse vor:

Montag: Die proletarische Internationale während des Weltkrieges. Mit diesem Kursus soll ein zusammenfassender Überblick über die Haltung der sozialistischen Parteien der einzelnen Länder gegeben werden. Vortragender wird wahrscheinlich Genosse Emil Eichhorn sein, dem wir bis dahin volle Genesung wünschen.

Der infolge der Erkrankung des Genossen Eichhorn abgebrochene Kursus über Wirtschaftsprobleme des Weltkrieges wird in diesem Vierteljahre zu Ende geführt werden. Das Nähere wird den Hörern dieses Kursus noch bekannt gegeben.

Dienstag: Probleme des Völkerrechts. Vortragender Genosse Edward Bernstein.

Mittwoch: Fortsetzung des Kursus für Jugendliche: Vom utopischen Sozialismus bis zum „Kriegssozialismus“. Vortragende Genossin Wurm.

Donnerstag: Fortsetzung des Kursus über die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands. Vortragender Genosse Ernst Däumig.

Das Hörgeld für diese Kurse beträgt 1 Mk.

Für die Sonntagabende sind wieder einige vier Abende umfassende Vortragszyklen vorgesehen. Und zwar im Januar-Februar vier Vorträge über die Kunst des Vornprechens (Reden, Deklamieren usw.). Vortragender Genosse Fritz Kunert. Im Februar-März wird Genossin Käthe Dunker über Erziehungsfragen reden. Im April finden dann noch vier musikalische Vorträge des Genossen Leo Keßtenberg statt.

Das Eintrittsgeld für die Sonntagsvorträge beträgt 20 Pf.

Der Bezirksbildungsausschuß wird im Januar und Februar noch zwei künstlerische Veranstaltungen treffen, über die das Nähere noch bekannt gegeben wird.

Außerdem wird der Bezirksbildungsausschuß dafür sorgen, daß der auf den 5. Mai 1918 fallende 100. Geburtstag von Karl Marx von der Arbeiterschaft Berlins in würdiger Form begangen wird.

Die Bibliothek der Schule ist in der Zeit, in der keine Kurse stattfinden, wöchentlich nur einmal und zwar Donnerstags von 8-9 Uhr geöffnet.

Aus der Zeit.

Die Pakete des Reichskanzlers. Während alle gewöhnlichen Staatsbürger im Deutschen Reich unter der Nationierung immer mehr abnehmen, kann der deutsche Reichskanzler von Glück sagen, daß er nicht unter der Nationierung leiden werde. Als ihm nach seiner Uebersiedlung nach Berlin eine rationierte Lebensweise drohte, fanden mitleidvolle Freunde für ihn schnell einen unrationierten Ausweg. Mit acht kollegialer Hilfsbereitschaft sprang ihm der großmächtige bayerische Verkehrsminister Herr v. Seidlein bei, indem er folgenden Erlaß an das Personal der Postanstalten erließ:

München, 21. Nov. 1917.

Betreff: Sendungen an den Reichskanzler Grafen Hertling.

Nach Mitteilung des Herrn Reichskanzlers, des Grafen v. Hertling, sollen die ihm aus Bayern zugehenden Lebensmittel, Postsendungen aus Ruhpolding, Traunkirchen, Fürsteneck (Bayr. Wald), Dengersberg, Augsburg-Dauppost und München-Dauppost, unbeanstandet abgeschickt werden.

Damit die Postsendungen unbeanstandet durchgehen, sind die betreffenden Postanstalten sofort anzuweisen, die Sendungen unmittelbar nach Berlin — nicht über die Ueberwachungsstellen — zu leiten. Eine Abkempfung der Begleitpapiere und Adressen der Sendungen durch eine bayerische Lebensmittelstelle kann nicht in Betracht kommen, da die Sendungen verschiedene Lebensmittel enthalten sollen. Die Pakete werden an den Herrn Reichskanzler persönlich adressiert werden. Die militärischen Lebensmittelprüfstellen sind verständigt.

Dies zur Kenntnis und Darnachachtung.

Depplig.

Außer allem anderen sagt dieses Dokument amtlich, daß die strenge Ueberwachung und Hindernis der Lebensmittelausfuhr aus Bayern auch ihre Ausnahmen kennt. Ingleich berichtigt sie, daß die Nationierung wohl eine Aufbesserung vertragen könne. . . . Daraus sollte schleunigst die notwendige Ausgewandlung gezogen werden, aber für alle. Und noch eins verdient erwähnt zu werden. Es war am 29. November, als Herr Graf Hertling seine erste Reichstagsrede mit den Worten schloß: Abwarten, aushalten und durchhalten. . . .

Wenn wir nur alle Reichskanzler wären.

Aus den Organisationen.

Neußöln. Der Ortsverein Neußöln der U. S. P. nahm am 7. Dezember zur Wahlrechtsvorlage Stellung. Genosse Emanuel Wurm gab zunächst eine geschichtliche Darlegung der preussischen Verfassungskämpfe und ging dann auf die Vorlage im einzelnen ein. Einmütig wurde folgende Entschlieung gefaßt:

„Die am 7. Dezember 1917 tagende Mitgliederversammlung des Ortsvereins Neußöln der U. S. P. erklärt die Wahlrechtsvorlage zum preussischen Landtag als eine den rechtlichen und freiheitlichen Ansprüchen des arbeitenden, handel- und gewerbetreibenden Volkes nicht Rechnung tragend. Die Versammelten fordern das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre ohne Unterschied des Geschlechts.“

Die Versammelten fordern von den Vertretern der U. S. P. D. in den Parlamenten, vor allem im Reichstage, ein mutvolles rücksichtsloses Eintreten dafür, daß die Reaktion der preussischen Junkerkaste gesprengt wird. Die Versammelten sehen als dringende Aufgabe die Beseitigung der sogenannten Herrenhaus-Ständekammer, die als Senatsstelle die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer zu verwirren oder zu genehmigen die Macht hat. Die Versammelten bezeichnen es als eine Beleidigung, von einer solchen Ständekammer in ihrer Vertretung entmündigt zu werden.

Die Versammelten geloben, in der Agitation zur Beseitigung dieser Kammer nicht zu ruhen und zu rasen bis zur Erreichung würdiger Rechte eines politisch und wirtschaftlich aufgeklärten Kulturvolkes.“

Bekanntgegeben wurde noch, daß am 18. Dezember in den Passage-Sälen Gen. Dittmann über die politische Lage referieren wird, wozu eine zahlreiche Beteiligung erwartet wird. — Unter Verschiedenes wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß der Vorstand erfahren habe, daß der Händler Paul Koch, als er sich wegen der schlechten Lebensmittelverteilung beim Oberbürgermeister Kaiser persönlich beschwerte, wegen tätlicher Beleidigung verhaftet worden sei. Seitdem sitzt Koch in Untersuchungshaft und wurde auch auf seinen Geisteszustand untersucht. Die Familie ist dadurch in Not und Elend geraten. Der Vorstand hat nun Koch vorläufig Rechtschutz gewährt, obwohl er nicht mehr Mitglied ist.

Koch ist Krüppel, hat nur einen Arm und muß sich durch Handel seinen Lebensunterhalt erwerben. Zur Unterstützung der Familie wurde eine Zellerfassung beschlossen, die 93,15 Mk. ergab.

Nowawes. In der Mitgliederversammlung unseres Wahlvereins am 12. Dezember hielt Genosse Kunert einen Vortrag über die politische Lage, wobei er besonders die preussische Wahlrechtsfrage einer kritischen Würdigung unterzog. Die Versammlung kam zu einer Entschlieung, in der es u. a. heißt:

„Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nowawes begrüßte mit Freuden, daß die russische Bruderpartei der Bolschewiki durch ihren heisspiellofen Heldenkampf und durch ihre edle Aufopferung die soziale Revolution durchgeführt und die politische Macht in ihre Hände genommen hat. — Das Waffenstillhandlungsangebot, sowie die Aufforderung zu Friedensverhandlungen auf demokratischer Grundlage, ohne Annexionen und unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bedeutet einen entscheidenden Schritt vorwärts zur Beendigung dieses mörderischen Krieges. Die Versammelten stellen fest, daß die Regierungsozialisten der kriegsführenden Länder durch ihre Unterstützung der Kriegspolitik ihrer Regierungen dem bolschewistischen Friedensprogramm feindlich gegenüberstehen und mitverantwortlich sind für die Verlängerung des Krieges!“

Unter Verschiedenem kam es zu einer kurzen Aussprache über die nächstjährigen Gemeindevahlen, wozu die Vorbereitungen im Gange sind. — In der vom Gewerkschaftskartell und Wahlverein geplanten Weihnachtsfeier wurden auf Antrag 50 Mk. bewilligt. Dieselbe findet am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags, in Singers „Volksgarten“ statt.

4. Kreis. Stadtverordnetenwahl!

Am 13. Januar findet im 11. Kommunalwahlbezirk (Röpenicker Viertel) an Stelle des verstorbenen Genossen Artur Stadthagen die Nachwahl ins rote Haus statt. Wir ersuchen heute schon die Genossen, für die erforderliche Agitation genügende Sorge zu tragen.

Quittung.

4. Kreis für die Stockholmer Friedenskonferenz. Liste 15 32,—, 8458 4,—, 1462 3,50, 8464 14,10, 8465 7,—, 8467 2,—, 8468 7,80, 8469 9,05, 8463 7,—, 8487 1,25, 8488 3,—, 8489 1,50, 8497 5,50, 8502 5,50, Kollegen der Firma Boas 8519 19,—, 8580 2,—, 8589 3,—, 8549 15,00, 8550 4,90, 8562 3,—, 8563 14,—, 8557 17,75, 8475 14,5, Johannes Weber gesammelt 8476 20,75, 8477 8,45, Bez. 319 8678 25,50, 8594 21,—, 8600 7,50, 18863 7,—, 18864 9,—, 18867 4,90, 18869 8,05, 18876 2,10, 18877 11,55, 18879 12,50, 18880 2,80, 18886 13,85, 18887 6,95 Mk. Summa 843,05 Mk. Bereits quittiert 201,80 Mk. Ca. 571,30 Mk.

4. Kreis für die Stockholmer Friedenskonferenz. (Listung.) Liste 8474 3,75, 8478 2,50, 8494 12,—, 8495 7,25, 8502 7,—, 8504 14,70, 8505 10,60, 8506 3,50, 8507 4,40, 8509 3,15, 8540 6,15, 8544 2,20, 8548 4,50, 8561 1,50, von den Kollegen der Rumpferwerke, Abteilung Satlerei, im Packrestaurant gesammelt 8573 27,—, 8572 8,—, 8582 10,—, 8596 1,—, 8601 1,—, 13 892 10,50 Mk. Summa 142,75 Mk. Bereits oben quittiert 573,80 Mk. Summa 716,05 Mk.

Ueberschuß von der Krauspande Stadthagen Gewehrfabrik Spandau 150 Mk. für Parteizwecke.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
 Filiale Berlin. Sebastianstraße 87-88.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!
 Am 24. Mai 1917 starb im Lazarett der Herrenkonfektionsschneider, Kollege
Otto Pflaumbaum
 geb. 24. 1. 70.
 Am 16. Oktober 1917 fiel im Osten der Uniformschneider, Kollege
Georg Pissarczyk
 geb. 24. 2. 84.
 Am 2. Oktober 1917 fiel im Westen der Kollege (Branche Rüsterkonfektion)
Erwin Fasse
 geb. 2. 6. 97.
 Am 29. November 1917 starb im Lazarett der Kollege (Branche Knabenkonfektion)
Leopold Krisk
 geb. 14. 12. 77.
 Am 2. September 1917 fiel in Flandern der Kollege
Bruno Glöhn
 geb. 22. 9. 97.
 Ferner starb am 6. November 1917 der Kostümschneider, Kollege
Anton Häusler
 geb. 30. 12. 88.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
3. Wahlkreis.
 Am 19. Dezember verschied infolge eines Schlaganfalles der Genosse
Richard Scharf
 Sebastianstr. 42.
 Die Beerdigung hat am 22. 12. stattgefunden.

6. Wahlkreis.
 Am Dienstag, den 11. Dezember, verstarb unser Genosse, der Gutmacher
Richard Radon
 Kastanien-Allee 10, 3. Abt., Bez. 529.
 Am Dienstag, den 18. Dezember, verstarb unsere Genossin
Ida Marx
 Gartenstr. 7, 11. Abt., Bez. 632.
Ehre ihrem Andenken!

Am Montag, den 24. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, entschlief nach längerem Leiden mein lieber Mann, der Tischler
Adolf Thieme
 im Alter von 68 Jahren.
 Dies zeigt tiefbetrauert an
 Frau **Amalie Thieme.**
 Die Einäscherung findet am Montag, den 31. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Gerichtstr. 87 statt.

Königsberg (Ostpreußen).
 Am 8. Dezember verstarb nach langem, schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der frühere Raucher
Albert Brühl.
 Ehre seinem Andenken!
Der sozialdemokratische Verein Königsberg i. Pr.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.
 Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
 Druck: Raumer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.